

Marie Kollenrott -

Bewerbung für einen aussichtsreichen Listenplatz als Landtagskandidatin 2017

Liebe Freund*innen,

unsere Zeit ist geprägt von den lokalen Auswirkungen globaler Umbrüche. Das Erstarken der Rechtspopulisten ist genauso präsent wie das unseriöse Gerede der Klimawandelleugner*innen. Aus meiner Sicht können nur wir GRÜNE die Verbündeten der Zivilgesellschaft im Kampf um eine offene, solidarische und gerechte Gesellschaft und eine ökologisch nachhaltige Zukunft in Niedersachsen sein. Daher ist es eine Herzensangelegenheit für mich mit offenem Blick dafür zu streiten.

Eine Frage der Haltung: links – nachhaltig – mutig

Ich stehe für eine Politik, die im klassischen Sinne linksliberal ist, weil sie den individuellen Grundrechten im Zweifel Priorität vor sicherheitspolitischen und ökonomischen Erwägungen einräumt. Ich stehe für eine Politik, die mit Weitblick nachhaltig ist, weil sie dem Erhalt unserer ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen Priorität einräumt vor kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen. Und ich möchte eine Politik machen, die mutig auch dann noch unbequeme Fragen stellt und für GRÜNE Positionen einsteht, wenn wir politisch unter Druck geraten. Standpunkt kommt von stehen, nicht von wackeln!

Innenpolitik: im Zweifel für die Freiheit!

Unsere Demokratie ist derzeit permanent Angriffen von rechts ausgesetzt. Wir GRÜNE müssen in Niedersachsen auch weiterhin die Verteidiger*innen von Solidarität und Menschenrechten sein. Wir sind der Gegenpart der AfD und anderer Menschenfeinde und kämpfen für nicht weniger als eine humane Flüchtlings- und gute Integrationspolitik in Land und Kommunen.

Thematisch möchte ich vor allem GRÜNE Innenpolitik gestalten und mich für Freiheits- und Bürgerrechte einsetzen. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung - diese Rechte sind die Grundpfeiler unserer Demokratie. Aber wir erleben seit Jahren, dass diese Rechte schrittweise beschnitten werden, weil Angstmacherei und der Ruf nach mehr Sicherheit keine Grenzen kennt und scheinbar jede Einschränkung der Bürgerrechte rechtfertigt. Wir Grüne als demokratisches Korrektiv stehen für Sicherheitspolitik mit Augenmaß und müssen deutlich machen, dass die aktuelle Entwicklung zu Lasten aller Bürger*innen geht. Dieser Trend muss gestoppt werden!

Egal ob wir über den Verfassungsschutz, den ich als Inlandsgeheimdienst für überflüssig halte, die individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten, ein Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz, eine liberale Drogenpolitik, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik, das fragwürdige Demokratieverständnis der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE), maßvolle Einsatzkonzepte bei Polizeieinsätzen oder den Staatsschutz sprechen, der mit dem jüngsten Datenskandal in Göttingen großflächig das Vertrauen der Zivilgesellschaft verspielt hat, diese Beispiele haben mir in den letzten

Jahren vor allem Eines gezeigt: Wir GRÜNE müssen weiter Kante zeigen, damit sich was bewegt. Grüne Innenpolitik braucht einen langen Atem; den habe ich.

Solidarisch gegen Rechts

Mit dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und der Landeszentrale für Politische Bildung sind wir Grüne in den vergangenen Jahren wichtige Schritte für eine offene Gesellschaft und eine Stärkung der Demokratie gegangen.

Aber wir brauchen auch weiterhin ein entschiedenes Vorgehen im Kampf gegen Antidemokraten, Menschenfeinde und Terror. Der Chef des Bundeskriminalamts hat kürzlich noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht: Die Terrorgefahr in diesem Land geht insbesondere von der extremen Rechten aus.

In kaum ein politisches Handlungsfeld habe ich in den vergangenen Jahren als Kreisvorsitzende der GRÜNEN so viel Zeit investiert wie in den Kampf gegen Rechts: Gegen den alltäglichen Rechtspopulismus und die politischen Brandstifter der AFD, gegen die NPD und gewaltbereite Neonazis, gegen die Identitäre Bewegung, denen sich in Göttingen reaktionäre Burschenschafter angeschlossen haben, gegen deren Kundgebungen, Konzerte und menschenverachtende Demagogie. Kaum eine Region Deutschlands scheint so viele führende Köpfe dieser Szene hervorzubringen wie das südliche Niedersachsen, die Harzregion und die angrenzenden Teile Thüringens. Aber gerade hier zeigt sich länderübergreifend auch die Stärke lebendiger antifaschistischer Strukturen und einer in der Gesellschaft tief verankerten, zivilgesellschaftlichen Solidarität. Gerade auch die Arbeit der GRÜNEN Jugend hat hier durch Recherche, Information und engagierten Widerstand einen bedeutenden Teil dazu beigetragen, die Gefahr von rechts sichtbar zu machen und ihr entschieden entgegenzutreten. Dieses Engagement will ich zukünftig aus dem Landtag heraus unterstützen.

Mobilität und Klimaschutz gehen Hand in Hand

Der zweite Themenbereich, der mir besonders am Herzen liegt, ist die Zukunft der Mobilität und der Klimaschutz. Eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik behält die sozialen Aspekte im Blick und stellt uns vor die wichtige Frage, wie wir eine soziale verkehrspolitische Wende gestalten, die niemanden zurücklässt. Eine nachhaltige Verkehrspolitik setzt auf den Strukturwandel mit Elektromobilität, der das Klima schützt und den wir GRÜNE kreativ begleiten und beschleunigen werden.

Derzeit wohnen diejenigen, die sich ein Auto leisten können bevorzugt in verkehrsberuhigten Quartieren, während diejenigen, denen ein Auto zu teuer ist, über Verkehrslärm und die Nachteile des ÖPNV klagen. Vor allem auf dem Land sind viele Menschen abgehängt, weil schlicht und einfach kein Bus fährt. Hinzu kommt, dass viele Menschen angesichts des Mietpreisniveaus in den Städten auf das Umland ausweichen. Was sie dann an Miete sparen, fressen die Fahrtkosten für Bus oder Auto wieder auf. Verkehrspolitik ist auch Wohnraumpolitik. Wir müssen sowohl bezahlbaren Wohnraum als auch Infrastruktur in den Mittel- und Unterzentren bewahren, wenn wir nicht wollen, dass sich Menschen täglich gezwungen sehen überflüssige Wege in die Oberzentren zurückzulegen. Läden, Kindergärten, Schulen, Arztpraxen, Krankenhäuser müssen erhalten bleiben. Ich wünsche mir, dass wir noch mehr Geld in die Hand nehmen, um Lücken im Radwegenetz zu schließen, Fahrradschnellwege für E-Bikes zu bauen und die

Anbindung an den ÖPNV zu verbessern. Hier geht es um Linienführungen, Taktzeiten und subventionierte Busfahrpreise oder kostenlosen ÖPNV, aber auch um innovative Modellprojekte mit Bürgerbussen, Car-Sharing und Mitfahrbänken. Die digitale Vernetzung über PC, Tablet und Smartphone macht flexible Lösungen möglich. Es wird darauf ankommen die Kommunen zu befähigen politisch zu gestalten.

Ich trete als Kandidatin meines **Kreisverbandes Göttingen** an. Mit Kommunikationsfreude, Kreativität, Leidenschaft und einem beherzten Wahlkampf will ich Menschen für unsere Demokratie und für uns GRÜNE begeistern.

Dafür bitte ich um Eure Unterstützung.

Herzliche Grüße,
eure Marie

Biografie

- Geboren am 16. Juli 1984 in Hamburg
- 2004 Abitur in Lüchow (Landkreis Lüchow-Dannenberg)
- Studium: Politik- und Rechtswissenschaften in Göttingen
- 2013-2016 Persönliche Mitarbeiterin von Stefan Wenzel, MdL im Nds. Landtag
- Seit 2016 Politische Beraterin bei IFOK GmbH (Gesellschaftlichen Wandel anstoßen – vor allem in den Themenfeldern Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Digitalisierung, Mobilität)

Politisches

- Seit 2005 Mitglied bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Grünen Jugend
- 2006-2007 Mitglied im Kreisvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Göttingen
- Von 2006-2011 Mitglied im Stadtrat von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Göttingen
- Von 2011-2017 Kreisvorstandssprecherin von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Göttingen
- Seit 2016 Mitglied im niedersächsischen Parteirat Bündnis 90/DIE GRÜNEN Göttingen
- Seit 2017 Mitglied im Stadtvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Göttingen und Landtagskandidatin für den Wahlkreis 15 Duderstadt/Kreis Göttingen

Kontakt

- Marie.Kollenrott@gruene-goettingen.de
- Facebook: /MarieKollenrott
- Twitter: @kollenrott

